

**Demographische Entwicklung
im
Landkreis Ludwigsburg**

Demographische Entwicklung im Landkreis Ludwigsburg – Auswirkungen auf die Handlungsfelder des Landkreises

- I. Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur
- II. Auswirkungen auf die Handlungsfelder des Landkreises
 1. Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr
 - 1.1. Auswirkungen auf den Schülerverkehr
 - 1.2. Auswirkungen auf die Fahrgastgruppe der Senioren
 2. Auswirkungen auf die Bautätigkeit und die Siedlungsentwicklung
 - 2.1. Bedarf an neuem Wohnraum
 - 2.2. Auswirkungen auf die gewerbliche Bautätigkeit
 - 2.3. Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung
 3. Auswirkungen auf die Abfallentwicklung
 4. Auswirkungen auf die Belange der Wasserwirtschaft
 5. Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe und auf die Sozialhilfe
 6. Auswirkungen auf das Gesundheitswesen
 - 6.1. Mögliche Maßnahmen des Landkreises
 - 6.2. Auswirkungen auf die Kliniken
 7. Auswirkungen auf die Altenarbeit und die Pflegesituation
 - 7.2. Demographische und sozio-kulturelle Entwicklung aus der Perspektive der Altenarbeit
 - 7.3. Ansatzpunkte der Altenarbeit
 - 7.4. Konsequenzen für die Altenhilfe
 - 7.5. Auswirkungen auf die Altenpflege
 - 7.6. Maßnahmen
 8. Auswirkungen auf die Situation an den Schulen
 - 8.1. Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen
 - 8.2. Unwägbarkeiten
 - 8.3. Folgerungen aus der Schülerentwicklung an allgemeinbildenden Schulen
 - 8.4. Zur Situation an beruflichen Schulen

I. Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur

Entsprechend der neuesten kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes wird die **Bevölkerung im Landkreis Ludwigsburg voraussichtlich noch bis zum Jahr 2014 zunehmen** und auf rund 518.300 Einwohner ansteigen. (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg „Kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung, Februar 2007). Im Jahr 2005 – dem der Vorausrechnung zugrunde liegenden Ausgangsjahr - lebten rund 513.300 Einwohner im Kreis.

Voraussichtlich ab 2014 wird die Zahl der Einwohner im Kreis sinken. Im Jahr 2025 wird in etwa wieder der Stand des Jahres 2005 erreicht sein.

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 2025 nach 6 Altersgruppen

- mit Wanderungen -

Jahr	insgesamt	unter 15	15 – 18	18 - 25	25 – 40	40 – 65	65 u. älter
2005	513.317	81.116	18.052	39.359	108.717	175.714	90.359
2007	515.497	79.381	18.206	39.819	102.037	180.355	95.699
2010	517.448	76.760	17.111	41.656	94.175	188.498	99.339
2014	518.263	72.645	17.046	40.884	92.612	191.456	103.620
2020	516.745	69.319	15.126	38.455	93.820	188.874	111.151
2025	513.651	68.257	14.244	34.858	93.391	181.661	121.240

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2007

(Annahmen: konstantes Geburtenniveau, Anstieg der Lebenserwartung um etwa 3 Jahre bis 2025, jährlicher Wanderungsgewinn)

In der Region Stuttgart ist der Landkreis Ludwigsburg nach der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes der Kreis mit dem voraussichtlich höchsten Bevölkerungswachstum. Landesweit zählt der Kreis Ludwigsburg auch nach dieser neuesten Bevölkerungsvorausrechnung zu den insgesamt 11 Kreisen des Landes, die bis 2015 noch mit einem Bevölkerungswachstum von mindestens einem Prozent rechnen können.

Die in der Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes vorgelegten Daten beruhen auf Annahmen über die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit (138 Geburten je 100 Frauen), der Sterblichkeit (langsam steigende Lebenserwartung) und der Bevölkerungswanderung. Insbesondere die Wanderungsbewegung lässt sich allerdings nur vage abschätzen, weil sie stark von der konjunkturellen Entwicklung abhängig ist.

Für die aktuell vorgelegte Vorausrechnung hat das Statistische Landesamt die Wanderungsdynamik der Jahre 1997 bis 2005 zugrundegelegt. Weil diese im Vergleich zu den frühen 90er Jahren an Schwung verloren hat, kommt die aktuelle Vorausrechnung in bezug auf das weitere Bevölkerungswachstum und den Zeitpunkt des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs auch zu einem neuen Ergebnis.

So war das Statistische Landesamt in der inzwischen überholten Bevölkerungsvorausrechnung aus dem Jahr 2005 davon ausgegangen, dass die Bevölkerung im Kreis noch etwa bis zum Jahr 2020 zunehmen und auf etwa 534.000 Einwohner ansteigen würde. Erst danach wäre mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl zu rechnen gewesen. Dieser ursprünglichen Vorausrechnung lag die Annahme zugrunde, dass sich das Wanderungssaldo im Landkreis Ludwigsburg entsprechend der frühen 90er Jahre entwickeln würde.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres hatte das Statistische Landesamt bei der Vorstellung seiner landesweiten Bevölkerungsvorausrechnung seine bisherige Wachstumsprognose nach unten korrigiert. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 13.11.2006 war deshalb bereits darauf hingewiesen worden, dass die sich inzwischen verlangsamte Wachstumsdynamik auch auf die Bevölkerungsentwicklung im Kreisgebiet auswirken und die Bevölkerung früher als bisher angenommen zurückgehen werde.

In der Vorlage für den Verwaltungsausschuss vom 3.7.2006 war zudem auf eine vom Verband der Region Stuttgart in Auftrag gegebene Studie des Pestel-Instituts Hannover hingewiesen worden. Diese Studie war zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bevölkerung rund um Stuttgart bereits ab dem

Jahr 2009 schrumpfen werde. Dieser Prognose wurde die Annahme zugrundegelegt, dass die Zuwanderung in die Region aufgrund einer konjunkturellen Schwäche deutlich niedriger ausfallen werde als in den vergangenen Jahren.

Demgegenüber geht das Statistische Landesamt bei seinen Bevölkerungsvorausrechnungen vom sogenannten „Status-Quo-Ansatz“ aus. Dabei wird unterstellt, dass sich die jeweils unmittelbar vergangene Entwicklung (im Fall der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung die Entwicklung der Jahre 1997 bis 2005) fortsetzen wird. Wenn eine Kreis/eine Kommune in der jüngsten Vergangenheit überdurchschnittliche Wanderungsgewinne erzielt hat, wird dies also auch für den Vorausrechnungszeitraum angenommen. Das Statistische Landesamt weist bei seiner kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung deshalb aber ausdrücklich darauf hin, dass die in dieser Weise vorauserrechneten Einwohnerzahlen mit Unsicherheiten behaftet sind.

Anders ist dies in bezug auf die Entwicklung der Alterstruktur. So ist nach Aussage des Statistischen Landesamtes der Trend hin zur Überalterung der Bevölkerung eindeutig. Dabei wird die **Altersstruktur** in den kommenden Jahren vor allem geprägt von den geburtenstarken Nachkriegsjahrgängen und den darauf folgenden geburtenschwachen Jahrgängen mit ihrem „Wandern“ durch die Altersgruppen.

So wird im Kreis Ludwigsburg der **Anteil der über 60-Jährigen** bis zum Jahr 2025 **auf etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung** zunehmen. Innerhalb dieser Altersgruppe wird eine zahlenmäßige Verschiebung hin zu den älteren Jahrgängen stattfinden. So wird z.B. für die Gruppe der Hochbetagten (über 84-Jährige) eine Zunahme um ca. 139 % bis zum Jahr 2025 prognostiziert. (Mehr dazu auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes unter www.statistik-bw.de).

Voraussichtliche Entwicklung im Landkreis Ludwigsburg nach Altersgruppen

	insgesamt	unter 5 bis unter 20	20 bis unter 60	60 bis unter 80	80 und älter
2006	514.635	110.154	283.501	100.877	20.103
2010	517.448	105.919	283.644	104.670	23.215
2015	518.213	100.234	281.860	109.075	27.044
2020	516.745	94.973	273.814	113.567	34.391
2025	513.651	92.297	257.649	127.353	36.352

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2007

(Annahmen: konstantes Geburtenniveau, Anstieg der Lebenserwartung um etwa 3 Jahre bis 2025, jährlicher Wanderungsgewinn)

Auch für den Fall, dass ein Landkreis/eine Kommune höhere Wanderungsgewinne erzielt als in der Vorausrechnung unterstellt, wird der Anstieg des Bevölkerungsanteils der Lebensälteren nicht wirksam ausgeglichen. Dies hat das Statistische Landesamt bei der Vorlage seiner neuesten Zahlen zur Bevölkerungsvorausrechnung ausdrücklich betont.

Im Ergebnis kann für alle hier zitierten Vorausrechnungen und Studien in bezug auf den Landkreis Ludwigsburg festgehalten werden, dass

- kurzfristig noch mit einem Bevölkerungswachstum zu rechnen ist (die Wachstumsdynamik ist allerdings gegenüber den Vorjahren verlangsamt),
- mittelfristig ein Bevölkerungsrückgang einsetzen wird,
- parallel dazu eine Überalterung der Gesellschaft stattfindet.

II. Auswirkungen auf die Handlungsfelder des Landkreises

1. Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist bundesweit von einer anhaltenden Suburbanisierung und zunehmenden, hohen Pendlerverflechtung aus-

zugehen. Die Mobilität wird allgemein zunehmen; aufgrund des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs könnte es allerdings in ländlichen Gebieten zu Problemen bei der Aufrechterhaltung der ÖPNV-Infrastruktur kommen.

Auch im Landkreis Ludwigsburg mit seinem derzeit sehr guten ÖPNV-Angebot wird sich die Alterung der Gesellschaft auf den öffentlichen Personennahverkehr auswirken. So ist in den nächsten Jahren insbesondere bei den Fahrgastgruppen der Senioren und der Schüler mit Änderungen zu rechnen.

Schon in den vergangenen Jahren wurde im Tarifbereich flexibel auf Änderungen reagiert. Als Beispiel ist die Einführung des Scool-Tickets oder auch die Anpassung der Altersgrenze bei den Senioren-Tickets zu nennen.

1.1. Auswirkungen auf den Schülerverkehr

In den vergangenen Jahren haben vor allem die steigenden Schüler-, Auszubildenden- und Studentenzahlen zu einer positiven Einnahmeentwicklung im Bereich des Verkehrs- und Tarifverbundes Stuttgart „VVS“ beigetragen. Nach Einschätzung des Statistischen Landesamtes erreicht die Schülerzahl 2006/2007 ihren Höchststand, danach ist mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen.

So wird für den Landkreis Ludwigsburg bis zum Schuljahr 2012/13 im Vergleich zum Schuljahr 2004/05 ein Rückgang der Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen von rd. 8 % prognostiziert. Bei den Auszubildenden und Studenten über 18 Jahren wird die Entwicklung um wenige Jahre zeitversetzt ablaufen.

Die Auswirkungen auf die Schülerbeförderung werden in den nächsten Jahren im Landkreis Ludwigsburg noch kaum spürbar sein, da Grundschüler nur in den wenigsten Fällen den ÖPNV nutzen. Wirksam werden die Rückgänge dann aber beim Wechsel auf die weiterbildenden Schulen. Aussagen zu den sich dadurch ergebenden Änderungen sind allerdings kaum möglich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Prognosen davon ausgehen, dass die

Schülerverkehre sich innerhalb der Schularten verschieben werden. Es wird voraussichtlich weniger Übergänge in die Hauptschule, aber mehr Übergänge ins Gymnasium geben. Es ist ferner damit zu rechnen, dass – angesichts der schwierigen Situation auf dem Lehrstellenmarkt – die Zahl der Vollzeitschüler an den beruflichen Schulen zunächst steigt. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass es durch die Verkürzung der Schulzeiten in den Gymnasien (G8) und den Ausbau der Ganztagschulen zu einer Verschiebung der Schulzeiten kommt und Schüler künftig verstärkt in der nachmittäglichen Hauptverkehrszeit befördert werden müssen.

Durch den Rückgang der Fahrgäste im Schülerverkehr rechnet der VVS im Jahr 2020 mit Einnahmeausfällen in Höhe von 8,5 Mio. €. Zusätzlich ist mit einem Ausfall der Ausgleichsleistungen in Höhe von ca. 5 Mio. € zu rechnen. Theoretisch werden durch den Rückgang der Schüler auch die Ausgaben des Landkreises für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten gemindert. Inwieweit diese Einsparungen aber durch andere Einflüsse wieder aufgebraucht werden, lässt sich aus heutiger Sicht nicht abschätzen.

Hinzu kommt, dass der Bund seine Regionalisierungsmittel bis zum Jahr 2009 um insgesamt 1,8 Mrd. € kürzen wird. Inwieweit sich dies auch auf die Schülerbeförderung auswirkt, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Die Kürzung des Bundes könnte aber zu Fahrpreiserhöhungen führen und/oder sich nachteilig auf das ÖPNV-Angebot (Schiene, Bus) auswirken.

Insgesamt ist zu befürchten, dass die demographische Entwicklung für die Fahrgastgruppe der Schüler sehr wahrscheinlich finanziell negative Folgen hat.

1. 2. Auswirkungen auf die Fahrgastgruppe der Senioren

Wie sich die Zunahme der Zahl der Senioren auf den öffentlichen Personennahverkehr auswirkt, lässt sich nur schwer abschätzen. Bisher zählen die Senioren zu den treuesten Kunden des VVS. Künftig wird die Bindung dieser

Personengruppe an den ÖPNV aber so nicht zu halten sein. Viele Senioren waren bislang auf den ÖPNV angewiesen, da sie kein Fahrzeug zur freien Nutzung zur Verfügung hatten. Zunehmend verfügen Senioren aber über einen eigenen Pkw und wollen diesen auch nutzen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde versucht, durch spezielle Angebote für Senioren die Bindung dieser Personengruppe an den ÖPNV zu festigen. Derzeit nutzen ca. 7 % der im VVS-Gebiet lebenden über 60-Jährigen die Seniorenkarte, ein Drittel der Senioren löst Gelegenheitsfahrtscheine (Einzelfahrtschein, Mehrfahrtenkarte, Tageskarte). Durch ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis, eine verbesserte Verfügbarkeit des ÖPNV-Angebotes und einen auf Senioren abgestimmten Service könnte die Attraktivität der ÖPNV für diesen Personenkreis vermutlich weiter gesteigert werden.

Die Prognosen des VVS gehen davon aus, dass die Nachfrage durch Senioren im Jahr 2020 um 25 % steigen wird. Dies würde einem Einnahmezuwachs von 3,3 Mio. € entsprechen.

2. Auswirkungen auf die Bautätigkeit und die Siedlungsentwicklung

2.1. Bedarf an neuem Wohnraum

Aufgrund des noch für die kommenden Jahre prognostizierten Bevölkerungswachstums im Kreisgebiet wird auch in den nächsten Jahren **Bedarf an neuem Wohnraum** gegeben sein.

Ursache dafür ist auch die ständige Zunahme von Ein- oder Zweipersonenhaushalten und der Trend zu einer höheren Wohnfläche je Einwohner.

So ist im Land Baden-Württemberg ist die Anzahl der Personen je Haushalt zwischen 1960 und 2000 von 2,9 auf 2,2, in der Region Stuttgart von 2,76 auf 2,15 gesunken. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner hat sich im Land dagegen zwischen 1970 und 2000 von 26,2 m² auf über 40 m² erhöht.

Bundesweit hat sich die Wohnfläche von 1960 bis 2000 von 19 m² auf 40 m² sogar mehr als verdoppelt. Die Entwicklung weist auf eine ständige Zunahme von Ein- oder Zweipersonenhaushalten hin. Künftig werden ca. 70 % aller Haushalte Ein- oder Zweipersonenhaushalte sein, die Flächen von 60 – 100 m² pro Haushalt beanspruchen.

Die demografische Entwicklung zeigt zu dem in den nächsten 30 Jahren eine deutliche Zunahme der Senioren am Anteil der Bevölkerung. Hieraus kann jedoch nicht auf einen geringeren Wohnflächenbedarf geschlossen werden. Ältere Bürger nutzen ihren Wohnraum weiterhin, auch wenn zwischenzeitlich aus einem früheren Mehrpersonenhaushalt ein Ein- oder Zweipersonenhaushalt geworden ist.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben zudem gezeigt, dass die Bautätigkeit sehr stark von der jeweiligen wirtschaftlichen Lage abhängig ist. Dies geht hervor aus den vom Fachbereich erhobenen Zahlen über die durchgeführten baurechtlichen Verfahren (Baugenehmigungsverfahren und Kenntnisgabeverfahren) der letzten 10 Jahre. Demnach wurde in diesem Zeitraum in den Jahren 1998 und 1999 die mit Abstand meisten Bauvorhaben zugelassen und verwirklicht, während der Tiefststand im Jahr 2004 erreicht war. Seit dem letzten Jahr ist wieder ein deutliches Ansteigen der baurechtlichen Verfahren erkennbar.

Der Wohnraumbedarf im Landkreis Ludwigsburg wird daher wohl erst mittel- bis langfristig sinken.

Diese Perspektive bedeutet allerdings ein Dilemma: Kurzfristig wird es noch zusätzlichen Wohnraumbedarf geben, seine Befriedigung birgt aber die Gefahr, langfristig ein Überangebot zu schaffen. Die Reaktion auf diese Herausforderung wird durch die weitere Entspannung auf den Wohnungsmärkten erschwert, weil die Nachfrager ihre Anforderungen an Größe, Grundrisse und Ausstattung, an Wohnumfeld- und Lagequalitäten immer besser durchsetzen können. Solange der Bestand die gewünschten Qualitäten nicht aufweist, wird

die Nachfrage nach Neubauobjekten anhalten, allerdings auf Kosten des Altbestandes.

Es wird daher künftig noch mehr auf die Qualität und den Standort des Wohnraums ankommen.

2.2. Auswirkungen auf die gewerbliche Bautätigkeit

Die **gewerbliche Bautätigkeit** ist in erheblichem Umfang abhängig von der konjunkturellen Lage und damit nur schwer zu prognostizieren. Allgemein wird davon ausgegangen, dass für die Unternehmen die günstigen Standortfaktoren im Landkreis eine entscheidende Rolle spielen. Deshalb wird damit gerechnet, dass auch in den nächsten Jahren eine weitere Bautätigkeit im gewerblichen Bereich erwartet werden kann.

2.3 Auswirkungen auf die Siedlungsentwicklung

Infolge der zunächst noch für den Kreis prognostizierten weiteren Bevölkerungszunahme könnten weniger verdichtete Bereiche als Siedlungs- und Wirtschaftsstandorte kurzfristig tendenziell bedeutsamer werden. Dies lässt sich aus einer vom Verband Region Stuttgart durchgeführten Studie, dem sog. Regional-Monitoring, interpretieren. Darin mag man einen natürlichen Ausweichreflex erblicken, wenn Verdichtungsräume an ihre Grenzen stoßen.

Indikatoren hierfür sind, dass das prozentuale Siedlungswachstum in der Region doch erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Aber auch innerhalb der Region ist dieser Trend vorhanden. Zwar ist das absolute Siedlungswachstum im Mittelbereich Stuttgart, gefolgt vom Mittelbereich Ludwigsburg/Kornwestheim immer noch am höchsten, aber auch Randbereiche, wie z.B. Herrenberg, liegen in absoluten Zahlen zwischenzeitlich zum Teil deutlich vor Verdichtungsgebieten, wie z.B. Ludwigsburg und Esslingen. Damit korrespondiert auch der prozentuale Anstieg der Baulandpreise, der außer im Be-

reich in und um Stuttgart tendenziell in den Randbereichen der Region eher stärker ausfällt.

Aufgrund des mittelfristig zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs ist allerdings langfristig eine Ausdünnung in weniger verdichteten und peripheren Standorten zu erwarten.

So wird der demographische Wandel zu Anpassungen und Erneuerungen von Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen führen. In Verbindung mit verringerten finanziellen Spielräumen der öffentlichen Hand ist mit einer Konzentration der Versorgungsleistungen auf zentrale Orte zu rechnen. Zentrale Lagen und Siedlungskerne erfahren dadurch im Ergebnis langfristig eine Aufwertung. Insbesondere auch für die wachsende Gruppe weniger mobiler älterer Menschen werden zentrale Orte anziehender.

Der demographische Wandel legt also Zurückhaltung nahe bei der Siedlungsflächenerweiterung und beim Wohnungsneubau und er erfordert eine Konzentration baulicher Aktivitäten auf integrierte und langfristige Standorte.

Insbesondere für die Städte und Gemeinden bedeutet dies, dass sie sich bereits heute Gedanken darüber machen sollten, welche (städte-)bauliche Entwicklung langfristig sinnvoll ist. Der Landkreis wird gemäß seiner Zuständigkeit auf eine möglichst flächenschonende Inanspruchnahme neuer Siedlungsflächen hinwirken. Langfristiges Ziel muss es sein, den Flächenverbrauch zu bremsen und Bauvorhaben auf Flächen in den Innenbereichen zu konzentrieren. Auf die Vorlage TA 41/2005 wird verwiesen.

3. Auswirkungen auf die Abfallentwicklung

Die zunächst noch steigenden Bevölkerungszahlen bedeuten auch höhere Abfallmengen. Dies gilt vor allem für das **Restmüll**aufkommen und die Gesamtmenge des **Altpapiers**.

Die prognostizierten Änderungen in der Altersstruktur werden vermutlich ebenfalls zu einer Erhöhung der Abfallmenge beitragen. So wird angenommen, dass es mit zunehmender Überalterung der Gesellschaft mehr Kleinhaushalte gibt. Grundsätzlich gilt, dass zwei Personen in zwei verschiedenen Wohnungen mehr Abfall und Wertstoffe verursachen als zwei Menschen, die in einer gemeinsamen Wohnung leben.

Die Mengenentwicklung bei den übrigen Müllarten wird stärker von anderen Faktoren bestimmt.

- Das Sperrmüllaufkommen zum Beispiel hängt erfahrungsgemäß von konjunkturabhängigen Schwankungen und der Mobilität der Bevölkerung ab. Viele Umzüge bedeuten immer auch ein höheres Sperrmüllaufkommen.
- Die Biomüllmenge wird bestimmt von der Bereitschaft der Bevölkerung, ihren Biomüll getrennt vom Restmüll zu sammeln. Diese Bereitschaft ist in den vergangenen Jahren vor allem in Wohnanlagen gesunken, weil die Bewohner hygienische Probleme befürchten.
- Das Gewerbeabfallaufkommen ist vollkommen abhängig von der Höhe der Anlieferungsgebühren und hat mit der Bevölkerungsentwicklung nichts zu tun.

Die Entwicklung des Abfallaufkommens im Landkreis muss sehr sorgsam beobachtet werden. Den mit der Firma T-Plus geschlossenen Vertrag über die Entsorgung der Abfälle ist nach Mengenfenstern gestaffelt. Das günstigste Mengenfenster umfasst eine Anlieferungsmenge zwischen 80.000 und 85.000 Tonnen Abfall. Wird diese Menge überschritten, müssen deutlich höhere Preise pro Tonne an die Firma T-Plus bezahlt werden.

Bislang wurde davon ausgegangen, dass dieses Bestpreisfenster etwa im Jahr 2010 überschritten werden könnte. Bei dieser Berechnung wurde davon ausgegangen, dass die Restmüllmenge jährlich um 1 % und die Sperrmüllmenge um 5 % pro Jahr zunimmt. Zugrunde gelegt wurde dafür die inzwischen überholte kleinräumige Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen

Landesamtes aus dem Jahr 2005. Nach der jetzt aktuell vorgelegten kleinräumigen Bevölkerungsvorausrechnung dürfte es möglich sein, das Bestpreisenster etwas länger einzuhalten.

4. Auswirkungen auf die Belange der Wasserwirtschaft

Die noch zu erwartende Bevölkerungszunahme für den Landkreis Ludwigsburg dürfte für die Wasserwirtschaft kein Problem darstellen.

Die **Trinkwasserversorgung** von voraussichtlich zusätzlich 5.000 Einwohnern im Kreisgebiet ist bei dem vorhandenen Verbund von Fernwasser-, Gruppenwasser- und Eigenwasserversorgungen sichergestellt. Dies gilt auch für die **Abwasserreinigung**. Die derzeitigen sehr guten Ablaufwerte könnten sich allerdings etwas verschlechtern, evtl. werden in Einzelfällen auch Kläranlagenerweiterungen notwendig. In jedem Fall sollte die dezentrale Niederschlagswasserbeseitigung umgesetzt werden.

Möglicherweise ergeben sich Konsequenzen für den **Hochwasserschutz** und die Oberflächengewässer. So würden die Gewässer infolge weiterer Neubaugebiete durch die Einleitung von mehr Niederschlagswasser einem erhöhten hydraulischen Stress ausgesetzt. Dies könnte zu Überschwemmungen führen. Ein Schutz davor könnten kleinere Rückhaltmaßnahmen in den Baugebieten bieten. Dies gilt auch nach der Verwirklichung der Hochwasserschutzmaßnahmen, z.B. an der Bottwar, dem Strudelbach und dem Baumbach.

5. Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe und auf die Sozialhilfe

Deutschland ist eine der am schnellsten alternden Gesellschaften der Welt (Stat. Landesamt B-W., 30.6.2005). Und: Wir sind zwar eines der reichsten Länder der Welt, zugleich aber auch eines der kinderärmsten. 1973 war die Bundesrepublik Deutschland das erste Land der Welt, in dem die Zahl der Sterbefälle die Geburtenzahl überschritt. Eine anhaltend niedere Geburtenrate

und eine stetige Verlängerung der Lebenserwartung haben in ihrem Zusammentreffen zu einem gesellschaftlichen Paradoxon geführt: Für den einzelnen ist die längere Lebenserwartung ein Zugewinn. Auf der Ebene der Gesellschaft löst dieser Zugewinn aber gravierende Probleme aus, die mit den gewachsenen Strukturen unserer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Ordnung nicht mehr zu bewältigen sind. (Robert-Bosch-Stiftung, Familie und demografischer Wandel, 2005)

Die globalen Berechnungen zeigen: Auf der einen Seite wird es auch in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren deutliche Unterschiede zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern geben, auf der anderen Seite sind Ungleichzeitigkeiten in punkto Zuwachs oder Rückgang zwischen den einzelnen Alterskohorten zu erwarten. Eine grobe Markierung: in den westlichen Bundesländern wird die Anzahl der Kinder bis zum Alter von 14 Jahren kontinuierlich sinken, die Zahl der Jugendlichen hingegen vorerst noch weiter steigen. Und in den östlichen Bundesländern wird die Entwicklung fast genau entgegengesetzt verlaufen. (11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, Febr. 2002)

Demographische Veränderungen, wie geringere Geburtenrate, höhere Lebenserwartung, Zu- und Abwanderungen wirken bestimmend in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein – natürlich auch in die Kinder- und Jugendhilfe. Was also bedeutet die Erkenntnis, dass wir immer weniger und immer älter werden im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe?

Deutschland muss vor allem wieder ein Land für Kinder werden (Bundespräsident Horst Köhler bei seiner Antrittsrede am 1.7.2004), dann werden auch wieder mehr Kinder geboren. Deshalb ist es wichtig,

- die Kinderbetreuung im Sinne einer stärkeren Bildungsorientierung qualitativ deutlich zu verbessern,
- flexiblere, stärker an den Bedürfnissen der Familien orientierte Betreuungsangebote zu entwickeln (verlängerte Öffnungszeiten, Ganztagsangebote),

- die vorhandenen Strukturen in pädagogisch vertretbarem Umfang auch für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren und von Kindern über 6 Jahren in altersgemischten Gruppen zu öffnen,
- die Vernetzung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen weiter auszubauen.

Es ist also angezeigt, mit den durch die demographische Entwicklung frei werdenden Ressourcen an Plätzen und Personal das Gesamtangebot der Kindertagesbetreuung bedarfsgerecht zu flexibilisieren (11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, Febr. 2002).

Ein Trugschluss wäre die Gleichung: Weniger Kinder und Jugendliche = weniger Probleme = weniger finanzielle Aufwendungen in diesem Bereich. Es besteht aber in der Tat die Gefahr, dass man sich von der demographischen Entwicklung eher verspricht, dass sich Probleme wie wachsende Kosten in der Jugendhilfe, die Frage von Lehrerstellen oder fehlende Ausbildungsplätze in naher Zeit von selbst lösen werden, als dass man sie explizit als jugendpolitische Herausforderungen begreift. Aus fachlicher Sicht ist die Bevölkerungsentwicklung aber nur eine Variable für die Einschätzung des Kinder- und Jugendhilfebedarfs. So ist der Bedarf an erzieherischen Hilfen gemäß aller fachlichen Einschätzungen in einem ungleich stärkeren Maße in Zusammenhang mit der Entwicklung von sozialstrukturellen Belastungsfaktoren zu sehen. Nach aktueller Einschätzung der Jugendministerkonferenz ist trotz des Geburtenrückgangs die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die erheblichen erzieherischen Unterstützungsbedarf haben, in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern viel zu hoch.

Weniger junge Menschen = weniger Probleme? In der Praxis der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit kann man dies - auch bei uns im Landkreis - kaum behaupten. Der Bedarf an Fachkräften aus unserem Mobilen Aktionspool für die Jugendarbeit vor Ort in den Städten und Gemeinden ist nach wie vor ungebrochen. Oder ein anderes Beispiel: Nehmen wir einmal Jugendliche in den Blick, die straffällig geworden sind und durch unsere Jugendgerichtshilfe während der Dauer des gesamten Strafverfahrens begleitet werden. Hier ver-

zeichnen wir exorbitante Fallzahlensteigerungen. Die Fallbelastung pro Vollzeitstelle ist von 2000 bis 2005 um 42% gestiegen!

Bei den „Hilfen zur Erziehung“ stellt zwar die Bevölkerungsentwicklung eine zentrale Hintergrundvariable dar, aber gemäß aller fachlichen Einschätzungen ist der Bedarf an erzieherischen Hilfen in einem ungleich stärkeren Maße im Zusammenhang mit der Entwicklung von sozialstrukturellen Belastungsfaktoren zu sehen. „Besonderen Handlungsbedarf sieht die Jugendministerkonferenz in der Tatsache, dass trotz des Geburtenrückgangs die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die erheblichen erzieherischen Unterstützungsbedarf haben und deren schulischer Leistungsstand eine erfolgreiche Teilnahme am Erwerbsleben in Frage stellt, im Vergleich zu anderen Ländern viel zu hoch ist.“ (Jugendministerkonferenz, 18./19.5.2006, Hamburg)

Zunehmend mehr Kinder und Jugendliche verweigern den regelmäßigen Schulbesuch. Schätzungsweise zw. 300.000 – 500.000 Kinder und Jugendliche sind hiervon betroffen, ca. 10.000 junge Menschen müssen als so genannte „Totalverweigerer“ bezeichnet werden. Ein nicht unerheblicher Teil davon wird weder einen Schulabschluss noch gar eine qualifizierte Berufsausbildung machen. Im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung 2004 wird darauf hingewiesen, dass gegenwärtig etwa neun Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen; beinahe 15% der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keine Berufsausbildung. Jedes 5. Ausbildungsverhältnis muss abgebrochen werden, weil die jungen Menschen nur unzureichend auf die berufliche Ausbildung vorbereitet sind. In Baden-Württemberg sind es etwa 20% der jungen Menschen eines Altersjahrganges, die man als „Risikogruppe“ bezeichnen muss, deren allgemeine Schulbildung nicht ausreicht, um einen qualifizierten Beruf zu erlernen und auszuüben. Der zu erwartende Schülerrückgang in den kommenden Jahren bietet die Chance, die Unterrichtsversorgung zu modifizieren und qualitativ angemessen zu verbessern, stärkere Akzente in der außerschulischen Jugendbildung zu setzen, Unterrichtsausfallzeiten zu verringern, Ganztagsangebote auszubauen. Dadurch können die aufgrund des Rückgangs der Schüler-

zahlen freiwerdenden personellen Ressourcen gezielt für strukturelle Verbesserungen eingesetzt werden.

Die demographische Entwicklung wird auch dazu führen, dass mittel- bis langfristig mit zunehmend weniger potentiell Erwerbstätigen zu rechnen ist. Es wird daher erforderlich sein, alles zu tun, um das begrenzte Fachkräftepotential möglichst umfassend für den Arbeitsmarkt zu erschließen. Das Engagement in der Kinder- und Jugendhilfe darf schon deshalb nicht nachlassen. **Der zu erwartende Rückgang an jungen Menschen sollte vielmehr genutzt werden, die Bildungs-, Betreuungs- und Hilfsangebote für Kinder und Jugendliche qualitativ zu verbessern.** Das bildungspolitische Leitmotiv des PISA-Siegerlandes Finnland sollte auch für Deutschland gelten: „Wir brauchen hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht leisten.“

Und: Wir können – wie es die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt treffend formuliert hat – nicht davon ausgehen, im Alter von unseren Aktiendepots gepflegt zu werden. Das heißt, wir müssen verstärkt bei den jungen Menschen – und dort in einem sehr frühen Alter – anfangen, entsprechende Werte und Normen zu vermitteln, die zur Bereitschaft führen, auch in diesen schwierigen Zeiten den Generationenvertrag zu erfüllen. Die Jugendministerkonferenz sieht in ihrem Beschluss vom 18./19.6.2006 in Hamburg „...die Notwendigkeit, dass Jugendhilfe stärker als bisher das Miteinander der Generationen in den Blick nimmt. Der Umgang mit anderen, insbesondere auch mit anderen Altersgruppen, muss heute für ein funktionierendes Zusammenleben in der Gemeinschaft mehr denn je gelernt und trainiert werden. Dies ist eine Aufgabe für alle Generationen. Erreicht werden muss ein Miteinander der Generationen, welches es der Jugend ermöglicht, neben der Ausprägung ihrer Eigenständigkeit auch eine konstruktive Auseinandersetzung mit bis zu drei älteren Generationen zu führen.“

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Sie müssen früher, individueller und nachhaltiger gefördert werden. Eine besondere Bedeutung hat die frühkindliche Bildung und Erziehung für junge Menschen, die aus Migrationsfamilien oder einem schwierigem sozialen Milieu stammen („bildungsferne Schichten“). Hier müssen sprachliche und soziale Defizite kompensiert wer-

den. Migrationsspezifische Problemstellungen gibt es aber vergleichbar auch bei Kindern von Spätaussiedlerfamilien. Eine präventive Bildungspolitik ist weit wirksamer als dies eine spätere aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik jemals sein kann. Und das wichtigste: Natürlich heißt Bildung nicht nur Schule. Wir brauchen ein neues Verständnis in dem wir die Bereiche Betreuung, Erziehung und Bildung in ihren Zusammenhängen sehen, und zwar vor, in, neben und nach der Schule.

Die Probleme des demographischen Wandels sind für die Kinder- und Jugendhilfe von erheblicher Bedeutung. Sie sind vor allem aber auch eine Chance zur Standortbestimmung. Insgesamt zeigt sich, dass die Geschwindigkeit der neu auftretenden Herausforderungen durch die Lebenslagen junger Menschen eher zunehmen wird, und das strategische Antworten, wie die Kinder- und Jugendhilfe auf sich verändernde Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen reagiert, mehr denn je notwendig werden. Der empirisch fundierte Blick in die Zukunft muss deshalb ein selbstverständliches Instrumentarium der Jugendhilfeplanung sein. Und: Jugendhilfeplanung muss als kontinuierlicher kommunikativer Prozess nach Wegen der Effizienzsteigerung suchen, damit nicht für jedes neue Problem ein neues Konzept und neues Personal gefordert werden muss.

Bei der **Sozialhilfe** wirkt sich die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft insbesondere in den Bereichen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Hilfe zur Pflege und bei der Eingliederungshilfe aus. So sind in den vergangenen Jahren die Leistungen bei der Eingliederungshilfe bereits stetig gestiegen. Für die Planung und die Leistungsanbieter bedeutet dies, dass neue Angebote für diesen Behindertenkreis notwendig sind.

6. Auswirkungen auf das Gesundheitswesen

Insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden Anzahl betagter und hochbetagter Menschen muss in den nächsten Jahrzehnten auch im Landkreis Ludwigsburg mit einem deutlichen Zuwachs bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen gerechnet werden. Im Alter von über 65 Jahren lei-

den derzeit fast die Hälfte der Menschen an drei oder mehr chronischen Erkrankungen, 20% der Menschen in dieser Altersgruppe haben sogar 5 oder mehr chronische Leiden.

Es liegen keine validen Abschätzungen darüber vor, ob in der Zukunft von ähnlich großen altersabhängigen Erkrankungsraten und Krankheitskosten wie heute ausgegangen werden muss. Tendenziell wird in einzelnen Studien die Möglichkeit geschildert, durch Prävention und medizinische Behandlung die Erkrankungsraten in das höhere Alter zu verschieben. Sollte es bei ähnlichen Erkrankungsraten wie derzeit bleiben, wäre sogar mit einer höheren Inanspruchnahme der medizinischen Versorgung durch die ältere Bevölkerung zu rechnen als es der geschilderten Zunahme dieser Bevölkerungsgruppe entspricht, da ja gleichzeitig eine nahezu dramatische Verschiebung innerhalb dieser Altersgruppe hin zu Hochbetagten mit mehr Erkrankungen zu erwarten ist.

Gleichzeitig zeigen die o.a. demographischen Daten, dass die Bevölkerungsgruppe, die für die Versorgung der Patienten wichtig ist, v.a. nach dem Jahr 2020 deutlich abnehmen wird. Es müssen folglich besondere Anstrengungen unternommen werden, um ausreichend medizinisches Personal für die Krankenversorgung zu gewinnen.

Obwohl die Anzahl der Menschen, die eine stationäre Krankenhausbehandlung benötigen, steigen wird, rechnet die Enquetekommission des Landtages Baden-Württemberg zumindest in den kommenden 10 bis 20 Jahren eher mit einem geringeren Bedarf an Krankenhausbetten. (Enquetekommission des Landtages Baden-Württemberg: „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“, Drucksache des Landtages Baden-Württemberg 13/4800, 2005). Begründet wird dieser scheinbare Widerspruch damit, dass sich voraussichtlich auch in der Zukunft die Behandlungsdauer weiter verkürzen wird und immer mehr Erkrankungen ambulant behandelt werden können. Allerdings zeichnet sich für die Krankenhäuser durch den höheren Anteil älterer Patienten mit mehr Multimorbidität ein höherer Personal- und Sachaufwand ab.

Der überwiegende Anteil des erhöhten Behandlungsbedarfs wird voraussichtlich vom ambulanten Sektor zu leisten sein. Die Enquetekommission des Landtages Baden-Württemberg prognostiziert deshalb die **Bedarfs-erhöhung** in erster Linie für den Bereich der **niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte**, der **ambulanten Rehabilitationseinrichtungen** und der **sozialen Dienste**. Außer Acht gelassen werden darf hierbei auch nicht der erhöhte Bedarf in der Arzneimittelversorgung, der in der Planung der Apothekendichte berücksichtigt werden muss.

Zunehmen werden neben körperlichen auch demenzielle Erkrankungen (vorwiegend Alzheimer-Erkrankungen) und Depressionen. Die notwendige Berücksichtigung von Prinzipien der Behandlung älterer Menschen wird ihren Niederschlag in der Ausrüstung der Kliniken und Arztpraxen sowie auch in der entsprechenden Qualifizierung der Mitarbeiter finden müssen. Dieser Entwicklung wurde bereits mit dem neuen Geriatriekonzept des Landes Baden-Württemberg und der aktuellen Approbationsordnung für Ärzte mit neuen diesbezüglichen Schwerpunkten Rechnung getragen. Darüber hinaus sollten die Hospizstruktur und die Angebote der Palliativmedizin (ambulant-stationär) entsprechend ausgebaut werden.

Ein deutlicher Rückgang der Inanspruchnahme zeichnet sich für die Bereiche Geburtshilfe und Kinderheilkunde ab. Die hier freiwerdenden Kapazitäten werden aber bei weitem den zunehmenden Bedarf bei der Behandlung älterer Menschen nicht decken können, zumal, wie bereits erwähnt, die Erkrankungshäufigkeit und die Behandlungsintensität in höheren Altersgruppen erheblich stärker ansteigen.

6.1. Mögliche Maßnahmen des Landkreises

Angesichts der drohenden dramatischen Zunahme gesundheitlicher und pflegerischer Risiken in den nächsten Jahrzehnten wird es zunächst wichtig sein, die bestehenden Versorgungssysteme flexibel zu halten, um auch eine kurz-

fristige Anpassung an schwer absehbare Bedarfsentwicklungen möglich zu machen.

Darüber hinaus ist es unter Fachleuten unstrittig, dass zur Abfederung der Entwicklung die gesundheitliche Prävention und Gesundheitsförderung mehr Bedeutung erlangen bzw. ausgebaut werden müssen. Letztendlich geht es darum, Gesundheit bis ins hohe Alter zu erhalten, um die gewonnenen Lebensjahre mit Lebensqualität genießen zu können, aber auch darum, die Kosten für die Gesellschaft tragbar zu halten.

Wege zum Ziel sind die Förderung der gesundheitsbewussten Lebensführung mit körperlich und geistig aktiver Teilnahme am Leben sowie die Verhinderung akuter und vor allem chronischer Erkrankungen. So zeigen Verlaufsbeobachtungen in den letzten Jahren bereits eine leichte Abnahme des Risikos, krank und pflegebedürftig zu werden. Dies kann als erstes Resultat verstärkter Bemühungen der Prävention und als Resultat verbesserter Behandlungsmöglichkeiten der kurativen Medizin gesehen werden.

Prävention beginnt in der Kindheit und gilt verständlicherweise als um so gewinnbringender je früher im Leben sie ansetzt. Sie hat aber auch im Alter noch Erfolg, wenn die Verschlechterung von bereits eingesetzten Erkrankungen verhindert werden kann. Durch verstärkte Prävention und Aufrechterhaltung eines angemessenen Systems der Unterstützung können erreicht werden:

- die Vermeidung oder Stabilisierung von körperlichen Erkrankungen und Funktionseinbußen bzw. von Funktionseinschränkungen,
- die Erhaltung der funktionalen Unabhängigkeit (Autonomie),
- die Erhaltung der aktiven Lebensgestaltung und
- die Vermeidung oder Stabilisierung von psychischen Erkrankungen.

Formatiert: Nummerierung und Aufzählungszeichen

Die Ziele der Prävention sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und die Rahmenbedingungen für Prävention und Rehabilitation sollten z.B. durch ein Präventionsgesetz weiter entwickelt werden. Auch haben das Land Baden-Württemberg und die Sozialversicherungen im Mai 2006 noch vor der Verab-

scheidung des geplanten Präventionsgesetzes einen Präventionspakt mit dem Ziel geschlossen, die Gesundheit der Bevölkerung bis ins hohe Alter, z.B. zur Verbesserung der Ernährungssituation und des Bewegungsverhaltens, zu stärken. So kann den Funktionsträgern wie z.B. Krankenkassen, Ärzteschaft und Öffentlichem Gesundheitsdienst die Möglichkeit gegeben werden, ihre Präventionsbemühungen im Settingansatz schon in Kindergärten, Schulen und Betrieben, aber auch in Familien und bei alten Menschen zu intensivieren.

In einer Reihe von Einrichtungen und Institutionen im Landkreis und in den Fachbereichen des Landratsamtes werden Prävention und Gesundheitsförderung als Aufgabe oder zumindest als Teilaufgabe gesehen. Beispielhaft seien hier aus dem Dezernat V der Jugendärztliche Dienst (Verhinderung von Erkrankungen und deren Verschlechterung im Rahmen von Einschulungsuntersuchungen) oder der Infektionsschutz (Verhinderung von Infektionskrankheiten und deren chronischen Verlauf) genannt. Ein spezieller Geschäftsteil „Gesundheitsförderung“ befasst sich ausschließlich mit dieser Thematik.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Verhinderung von späteren Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei älter werdenden Menschen durch Gesundheitsförderung mit Settingansätzen schon in Kindergärten und Schulen. Besonders gewinnbringend ist hierbei die Vernetzung mit anderen Akteuren, wie z.B. in den langfristigen Projekten Prima Klima im KiGa, Minifit, Adinet und Gesunde Schule.

Einzelne Projekte des Geschäftsteils Gesundheitsförderung zielen auch direkt auf älter werdende Menschen, wie z.B. die diesjährige Osteoporose-Woche, die Beteiligung an der „Verkehrserziehung“ für Senioren (Kooperation mit Polizei und Stadtseniorenrat), Sucht im Alter (Kooperation mit der Suchtbeauftragten des Landratsamtes) und gesund älter werden (Kooperation der Mitglieder der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Gesundheit). Vielfältig gestaltet sich die Beratung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen, von denen sich viele mit Erkrankungen älter werdender Menschen befassen.

Ein Ausbau der Prävention und Gesundheitsförderung wäre speziell im Hinblick auf die zunehmende Lebenserwartung sinnvoll und gesamtgesellschaft-

lich gesehen sind die dafür notwendigen Mittel gerechtfertigt. Mit den hierfür derzeit vorhandenen Ressourcen wird dies allerdings nur bedingt geleistet werden können. Sollten denkbare Träger eine diesbezügliche Planung in Angriff nehmen, wäre ein erster sinnvoller Schritt die Implementierung einer Stelle, von der aus weitere präventive und gesundheitsfördernde Aktivitäten speziell im höheren Alter initiiert und mit vorhandenen Aktivitäten und Akteuren koordiniert werden.

6.2. Auswirkungen auf die Kliniken

Die demographische Entwicklung einer Bevölkerung ist ein komplexer, dynamischer Vorgang, die Auswirkungen und Erfordernisse auf und für die medizinische Versorgung sind vor allem unter „Public Health“ Aspekten, also einem gesamtheitlichen bevölkerungsbezogenen Ansatz, zu sehen. Hier spielen viele weitere wesentliche Akteure und deren Zusammenspiel eine Rolle, bspw. die medizinische Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte, die ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, aber auch komplementäre soziale ambulante und stationäre Einrichtungen (Tagesstätten etc.) oder innovative Wohnformen („Mehrgenerationenhäuser“).

Die Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung lässt eine Zunahme der Inanspruchnahme stationärer Behandlungen erwarten. Demgegenüber steht die weiter rasant fortschreitende Entwicklung auf dem Gebiet der Medizintechnik und neuer Therapieoptionen, insbesondere im kardiologischen und onkologischen Bereich. So haben in der Vergangenheit die Einführung schonender minimal-invasiver Operationsmethoden („Schlüssellochchirurgie“) dazu geführt, dass viele vormals stationär durchgeführte Eingriffe nunmehr ambulant erfolgen können. Darüber hinaus lassen Erkenntnisse der Gesundheitssystemforschung darauf schließen, dass unabhängig vom individuellen Alter des Einzelnen die höchste Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen und –kosten in den letzten 5 Lebensjahren entstehen. Eine höhere Lebenserwartung bedingt somit nicht zwangsläufig eine lineare stationäre Kapazitätssteigerung.

Der Versorgungsauftrag der Kliniken ist unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen zu bewerten:

- Krankenhausplanerische Vorgaben, sowie Einhaltung des Gebots der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit im zunehmenden Wettbewerb
- Abgestimmtes planerisches Gesamtkonzept der medizinischen Versorgungsstrukturen (ambulanter Sektor, ambulante/stationäre Rehabilitation, ambulante und stationäre Pflege, komplementäre Einrichtungen der Sozialpflege, „alternative“ Wohnformen etc.)
- Weiterentwicklung des medizinisch-technischen Fortschrittes

Der Krankenhausbereich unterliegt einem bundeslandspezifischen Planungsprozess der qualitativen und quantitativen Strukturen und wird entsprechend der tatsächlichen Inanspruchnahme (Fallzahlentwicklungen, Verweildauern etc.) regelmäßig angepasst.

Die Entwicklungen in der Krankenhauslandschaft der vergangenen Jahre sind insbesondere auf die geänderten Finanzierungsmodelle (Einführung der sog. diagnosebezogenen Fallpauschen = DRGs), den medizinisch-technischen Fortschritt (z. B. neue, minimal-invasive Operationsmethoden, neue Therapie- und Diagnosemöglichkeiten in der Kardiologie und Onkologie) und die faktischen Budgetkürzungen zurückzuführen.

Die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben seitens der gesetzlichen Krankenversicherung im Kontext mit den allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass der ökonomische Druck auf die Krankenhäuser stetig zugenommen hat. Dieser Entwicklung kann und darf sich kein Krankenhausträger mehr entziehen. Folgen sind vielerorts Schließungen von „kleinen, nicht wirtschaftlichen“ Krankenhäusern. Die Kliniken GmbH konnte dieser Entwicklung bisher erfolgreich begegnen. So ist es mit medizinisch sinnvollen Konzepten und innovativen, flexiblen Modellen gelungen, die kleineren Standorte aufrecht zu erhalten und so eine wohnortnahe stationäre Krankenhausversorgung zu sichern.

Die „demographische Entwicklung“ ist ein kontinuierlicher Prozess mit vielen, auch unbekanntem Variablen. Unter Einhaltung der o. g. Rahmenbedingungen, insbesondere der planerischen und ökonomischen, sind aus Sicht der Kliniken gGmbH für die anstehenden Herausforderungen vor allem die Faktoren

- unternehmerische Flexibilität,
- kontinuierliche Anpassung und Weiterentwicklung des qualitativen und quantitativen (Art und Größe der Kliniken, Standorte) akutmedizinisch stationären Angebots und
- eine möglichst wohnortnahe medizinische Infrastruktur wesentliche Erfolgsfaktoren.

Beispiele für diesbezügliche Maßnahmen der Kliniken gGmbH sind

- die Weiterentwicklung der Standorte Vaihingen und Marbach (wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung, strukturelle Vernetzung mit ambulanten Leistungserbringern, Beispiel „Vaisana“ und neurologische Frührehabilitation in Marbach),
- die strukturelle Weiterentwicklung der geriatrischen Rehabilitation und der geriatrischen Schwerpunkte, sowie
- die kontinuierliche Anpassung der stationären Kapazitäten unter Berücksichtigung von Entwicklungen der medizinischen „Nachfrage“, z. B. steigende Fallzahlen Neurologie, Innere Medizin.

Insbesondere der zunehmende, durchaus gesundheitspolitisch gewollte Wettbewerb mit Ökonomisierung, Privatisierung und Fusionierung im stationären Krankenhausmarkt sowie der weiterhin starren Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung, stellen wie oben beschrieben allerdings auch Risiken dar und müssen kontinuierlich und kritisch für die weitere Unternehmensentwicklung bewertet werden.

7. Auswirkungen auf die Altenarbeit und die Pflegesituation

7.1. Demographische und sozio-kulturelle Entwicklung aus der Perspektive der Altenarbeit

Der Altersaufbau wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv verändern. Mit dem Jahr 2000 hat in Baden-Württemberg eine historisch neue Zeit begonnen. Erstmals in der Geschichte des Landes lebten hier mehr ältere als jüngere Menschen. Die aktuelle Bevölkerungsstruktur weicht schon lange von der idealen Vorstellung einer Pyramide ab und gleicht eher einer „zerzausten Wassertanne“.

In den letzten Jahren wurde Alter oft unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Belastung in unserer Gesellschaft diskutiert und als Alterslast bezeichnet. Unter dem Stichwort „Kampf der Generationen“ wurde die Verteilung der Ressourcen für alle Generationen problematisiert. Alte Menschen mit ihrer gestiegenen Lebenserwartung sind aber nicht nur Kostenfaktoren für die Gesellschaft, sondern auch wichtige Konsumenten und Leistungsträger, die mit ihrem Engagement und ihren Erfahrungen einen Gewinn einbringen. Eine Korrektur des bestehenden negativen Altersbildes und ein grundlegender Bewusstseinswandel sind notwendig, um den Herausforderungen der zukünftigen Entwicklungen gewachsen zu sein.

Die demographische Entwicklung hat zur Folge, dass der Anteil älterer und hochbetagter Menschen in der Bevölkerung steigt bei einem gleichzeitigen Rückgang des Anteils Jüngerer. Parallel dazu altert auch die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter.

Eine alleinige Betrachtung der Gesamtgruppe 50 oder 60 plus ist aber angesichts der unterschiedlichen Lebensumstände von älteren Menschen nicht sinnvoll, stattdessen ist eine differenzierte Sichtweise notwendig. In den nachfolgenden Darstellungen wird deshalb auch auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den Altersstufen hingewiesen.

Die Veränderung der Altersstruktur wird gekennzeichnet durch:

- **weniger potentielle Mütter**
Bei einer Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern ist die nachfolgende Müttergeneration kleiner als die bestehende. (Bestandshaltsniveau liegt bei 2,1 Kinder). Verbunden sind hiermit auch sinkende Geburtenzahlen trotz konstanter Geburtenhäufigkeit.
- **Gestiegene Lebenserwartung - Zunahme der Sterbefälle**
Die gestiegene Lebenserwartung ist eine positive Auswirkung des Gesundheitswesens und der verbesserten Lebensbedingungen sowie einer bewussteren Lebensführung. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Baden-Württemberg wird zunehmen. Als zukünftiger Anstieg wird vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg ein Plus von 5 bis 6 Jahren prognostiziert. Gleichzeitig wird es aber trotzdem eine Zunahme der Sterbefälle geben, die sich aus den überdurchschnittlichen Anstieg der Anzahl der Hochbetagten herleitet. Die durchschnittliche Lebenserwartung soll sich wie folgt entwickeln:

	Weiblich	Männlich
Landkreis Ludwigsburg (2001)	80,9 Jahre	74,8 Jahre
Baden-Württemberg (2000/2002)	82,1 Jahre	76,7 Jahre
Baden-Württemberg (Prognose 2050)	87 Jahre	83 Jahre

Dieser Trend wird in den kommenden Jahrzehnten an zusätzlicher Dynamik gewinnen, weil wir neben der Alterung einen Trend zur Schrumpfung der Gesamtgesellschaft haben werden.

Neben demographischen Entwicklungen gibt es gesellschaftliche Veränderungen, die Auswirkungen auf die Pflegestruktur haben. Diese Veränderungen sind insbesondere:

- Trend zu Einfamilienhaushalten

In Single-Haushalten leben vor allen jüngere Menschen und Senioren. Die Ursachen des Alleinlebens liegt bei den Jüngeren in den Gegebenheiten des Bildungswesens und des Arbeitsmarktes. Bei den älteren Alleinlebenden handelt es sich überwiegend um Personen, die nach den Tod des Ehepartners allein im Haushalt leben. Alleinleben ist eher ein weibliches Phänomen. Dies ist zum einen auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurückzuführen und zum anderen auf die Anzahl an verwitweten und unverheirateten Frauen infolge des 2. Weltkrieges. Aktuelle Ergebnisse des Mikrozensus 2005 bestätigen die Erhebungen in Baden-Württemberg von 2003, dass in der Altersstufe 75 Jahre und älter 63% der Frauen und 24% der Männer in Einpersonenhaushalten leben.

Neben der „klassischen Familie“ (Eltern und Kind) werden auch eheähnliche Lebensgemeinschaften und eine fortschreitende Singularisierung weiter an Gewicht gewinnen.

Die Einfamilienhaushalte benötigen zur Absicherung von Hilfe- und Pflegebedarfen eine komplexe Infrastruktur an Dienstleistungen und intelligente Lösungen für ein „Welfare-Mix“ (Miteinander von beruflich und professionell Pflegenden, Familien und freiwillig Engagierten) als Mehrfamilienhaushalte. Insbesondere bei dementiellen Erkrankungen, von denen verstärkt Hochbetagte betroffen sind, wird ein tragfähiges und differenziertes Hilfesystem benötigt, das alle Hilfemöglichkeiten ausschöpft.

- Feminisierung

Die höhere Lebenserwartung der Frauen führt zu einer deutlichen 'Feminisierung des Alters'. Aus diesem Grund sind Frauen in vielerlei Hinsicht von den Problemen des Alterns stärker betroffen. Dies dürfte auch zukünftig der Fall sein, selbst wenn demographische Prognosen von einer gewissen Angleichung der geschlechtsspezifischen Mortalität ausgehen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass Frauen im Alter nicht nur

generell länger leben, sondern selbst bei Pflegebedürftigkeit eine längere Lebenserwartung aufweisen, d.h. auch bei hoher Pflegebedürftigkeit leben betagte Frauen länger als gleichaltrige Männer.

- **Erhöhte Mobilität**
Die heutige Arbeitswelt fordert ein hohes Maß an Mobilität. Für viele Beschäftigte bedeutet Mobilität eine ambivalente Herausforderung. Auf der einen Seite stehen attraktive Arbeitsplätze und auf der anderen Seite die Bedürfnisse und Wünsche der Familien. Nur jeder dritte Mobile berichtet über Vorzüge seiner Lebensform, zumeist überwiegt eine Mischung aus Vor- und Nachteilen. Die Leistungsfähigkeit in bezug auf Pflegesysteme wird geschwächt.

7.2. Ansatzpunkte in der Altenarbeit

Der Bericht der Enquetekommission des Landtages Baden-Württemberg „Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“ (2005) bewertet „Alterung als zentrale Herausforderung“. Dies wird auch in vielen Berichten und Untersuchungen auf Landes und Bundesebene bestätigt.

Es werden unterschiedliche Fragestellungen und Themen in der Betrachtung des Alters im demographischen Prozess diskutiert, u.a. sind dies:

- Alterssicherung
- Arbeitsmarkt, Wirtschaft (alte Menschen als Kunden)
- Gesundheit (Gesunde Lebensweise, Krankheit, Pflege, Hospizarbeit, Palliativ Care)
- Prävention und Rehabilitation
- Reisen - Freizeit - Mobilität
- Bildung, Wissensmanagement
- Medien - Kommunikation
- Sicherheit
- Wohnen - Selbstständige Lebensführung, Wohnformen, Wohnumfeldgestaltung

- Unterstützende Technik im Alltagsmanagement
- Bürgerschaftliches Engagement - Nutzung der Altersproduktivität (active-ageing)
- Seniorenbeiräte - Betroffenenbeteiligung
- Stärkung inter- und/oder intragenerationelle Solidarität
- Migration

Diese sehr weite Themenvielfalt wird in den folgenden Betrachtungen auf die Fragestellungen der sozialen Daseinsvorsorge und die darauf bezogene soziale Infrastruktur insbesondere der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit eingeschränkt. Für die Altenarbeit im Landkreis ergeben sich dabei zwei Ansatzpunkte, zum einen die Auswirkungen auf die Altenhilfe und zum anderen die Infrastruktur der Altenpflege.

7.3. Konsequenzen für die Altenhilfe

Auf Grund der steigenden Anzahl junger Älterer gewinnt die offene Altenarbeit mit ihren Möglichkeiten eine immer größere Bedeutung. Offene Altenarbeit ist in der Regel institutionalisiert über Altenclubs, Begegnungsstätten und Angebote für Ältere. Diese Angebote sind in unterschiedlicher Trägerschaft. Diese Arbeit hat sich in den letzten 10 bis 15 Jahren grundlegend gewandelt. Die Ansprüche und Erwartungen der Generationen ab 50+ haben sich verändert und es bieten sich jetzt neuen Chancen und Möglichkeiten. Neue Formen des Bürgerschaftlichen Engagements sind zusätzlich entstanden auch mit Fragestellungen der inter- und/oder intragenerationellen Solidarität. Eine neue Kultur des Helfens entwickelt sich auf dieser Ebene, die auch Selbsthilferessourcen frei setzt.

Exemplarisch für diese Entwicklung ist der Kreissenorenrat im Landkreis Ludwigsburg zu nennen. Er hat mit viel Engagement Projekte des bürgerschaftlichen Engagements vorangetrieben und Hilfestellungen vor Ort gegeben.

Aus der Arbeit der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement wissen wir, dass diese Strukturen der lokalen Solidarität und Solidaritätsverpflichtung vor Ort nur mit förderlichen Rahmenbedingungen, fachlicher Begleitung und einer ermöglichenden und förderlichen Kommunalpolitik sowie entsprechendem Verwaltungshandeln entstehen.

Auch Bürgerschaftliches Engagement und das Wohnen sind zwischenzeitlich eng verwoben. Alternative Wohnformen werden zur Zeit intensiv umworben. Wohnen ist eine zentrale Kategorie für die Lebenslagen und Lebensqualitäten im Alter. Wohnen im Alter unterliegt derzeit einen erheblichen Veränderungsdruck. Alterstypisch gewandelte Wohnbedürfnisse stoßen auf gewachsene, in weiten Teilen nicht altersgerechte Wohn- und Siedlungsstrukturen. Speziell im Alter ist Wohnen mehr als das Leben in den eigenen vier Wänden. Hierzu zählt auch das direkte Wohnumfeld. Wohnbedürfnisse ändern sich und der Wohnbereich gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Wichtige wohnrelevante Grundbedürfnisse von älteren Menschen sind Funktionsgerechtigkeit, Sicherheit, Privatheit, Sicherstellung von Hilfe- und Betreuungsmöglichkeiten, Kommunikations- und Kontaktmöglichkeiten, Bezahlbarkeit, Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen, Verbundenheit und soziale Integration.

In der Altenhilfe stehen wir zur Zeit am Anfang die Möglichkeiten und Potentiale auch in bezug auf die Altenpflege auszuschöpfen. Es ist noch viel Entwicklungsarbeit notwendig.

7.4. Auswirkungen auf die Altenpflege

Die Altenpflege nimmt eine zentrale Position in der zukünftigen Betrachtung ein. Die Sicherstellung von Hilfe- und Pflegebedarfen ist personalintensiv und bindet viele finanzielle Ressourcen. Das Augenmerk muss zukünftig auf die Ausschöpfung der Versorgung im häuslichen Bereich gelegt werden. Die Versorgung in Pflegeheimen sollte langfristig wie bisher nur für einen Teil der Be-

völkerung zur Verfügung stehen. In Pflegeheimen werden zurzeit nur ca. 32% der Pflegebedürftigen versorgt. Der größte Anteil der Pflege wird im häuslichen Bereich gewährleistet, zum großen Teil auch ohne unterstützende und professionelle Hilfe. Nur ca. 13% der pflegerischen Leistungen werden von professionellen Diensten erbracht.

Zur Sicherstellung der Häuslichen Versorgung gehören die Hauswirtschaftlichen Dienste, Pflegerische Dienste wie ambulante Pflegedienste oder Brückenpflege, Kommunikations- und Kontaktsichernde Hilfen (insbesondere für Alleinstehende), Hilfen für das Alltagsmanagement (z.B. Mobilitätshilfen, technische Hilfen), Unterstützung in der selbstständigen Lebensführung (z.B. niedrighschwellige Dienste). Ein abnehmendes familiäres Hilfpotential könnte durch professionelle Hilfe aufgefangen werden oder unter bestimmten Rahmenbedingungen durch informelle Netzwerke, wie Freunde, Bekannte und Nachbarn.

Zum zielgerichteten Ressourceneinsatz und ggf. Anpassung des Angebotes sind professionelle und anbieterunabhängige Beratungen (Casemanagement) notwendig.

Darüber hinaus müssen familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke unterstützt werden. Insbesondere pflegende/helfende Angehörige benötigen fördernde und stützende Strukturen, wie z.B. Hilfen zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Pflege/Familie oder eine ausgeprägte Anerkennungskultur. Die Versorgung von Pflegebedürftigen insbesondere im häuslichen Bereich wird zukünftig nur noch mit intelligenten Lösungen eines „Welfare-Mix“ (Miteinander von beruflich und professionell Pflegenden, Familien und freiwillig Engagierten) möglich sein.

Außerdem sind Integrationsdienste und sonstige Hilfen für ältere Migranten zu berücksichtigen. Die Arbeit mit Migranten wird in der Zukunft einen größeren Stellenwert erhalten als bisher. Hierfür müssen von allen Altenhilfeanbietern Konzepte entwickelt werden. Ansatzpunkt wird die kultursensible Altenarbeit werden.

Eine besondere Herausforderung wird die Weiterentwicklung eines Angebotes von speziellen Hilfen für dementiell Erkrankte sein. Im Landkreis Ludwigsburg wurden bereits Leitlinien für die Weiterentwicklung der Angebotsstruktur erarbeitet und in den Kreispflegeplan integriert. Es ist davon auszugehen, dass dementiell Erkrankte verstärkt zum Alltagsbild gehören werden und unterschiedliche Professionen aber auch die allgemeine Bevölkerung damit konfrontiert werden. Es muss gerade hier eine verstärkte Bewusstseinsbildung für das Zusammenleben mit verwirrten Menschen erfolgen.

Die Nachfrage nach Pflegeplätzen wird trotz stabilisierender Maßnahmen im häuslichen Bereich weiterhin steigend. Das häusliche Versorgungsnetzwerk wird immer instabiler werden, insbesondere wenn ältere Menschen allein leben und familiäre Bezüge aufgrund räumlicher Entfernung nicht ausreichend tragfähig sind. Auf Grund der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird sich hier auch keine Trendwende abzeichnen.

Die Sozialplanung berücksichtigt die oben genannten unterschiedlichen Faktoren zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung der Versorgungsinfrastruktur im Landkreis und erstellt auf der Grundlage der Landespflegepläne den Kreispflegeplan, der den Bestand, Bedarf und die notwendigen Maßnahmen beinhaltet. Er ist in drei Teile gegliedert:

1. Teil: Dauerpflege und Kurzzeitpflege (nächste Aktualisierung Sommer 07)
2. Teil: Häusliche Versorgung (in Planung)
3. Teil: Wohnformen (in Planung)

Die Kreispflegeplanung bis zum Jahr 2010 sieht einen Bedarf von 3270 Dauerpflegeplätzen vor. Dieses Planungsziel kann voraussichtlich erreicht werden.

Wichtig bei den Planungen war die ortsnahe Ausrichtung der Einrichtung und die Einbindung in das Gemeinwesen. Es kann fast eine Flächendeckung mit kleinen dezentralen Einrichtungen erreicht werden.

Neue Bedarfsberechnungen und Bedarfseinschätzungen werden 2007 bei der Überarbeitung des Kreispflegeplanes Teil Dauerpflege und Kurzzeitpflege ermittelt. Es ist aber bereits jetzt davon auszugehen - falls keine Veränderungen der Rahmenbedingungen eintreten - dass insgesamt 4100 bis 4600 Pflegeplätze bis zum Jahr 2020 benötigt werden. Es müssten also weitere 800 bis 1300 Pflegeplätze neu geschaffen werden. Angebote zur Entlastung von pflegenden Angehörigen, wie z.B. Kurzzeitpflege, stehen noch nicht in ausreichender Form zur Verfügung. Es ist noch Nachholbedarf in den nächsten Jahrzehnten notwendig.

7.5. Maßnahmen

Auf Grund der drängenden Probleme der Demographischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Veränderungen muss in die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Altenarbeit im Landkreis Ludwigsburg investiert werden.

Als notwendige Maßnahmen im Landkreis Ludwigsburg in Anlehnung an die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission wären für die Bereiche der Altenarbeit sowie der Altenpflege und Betreuung beispielhaft zu nennen:

- Stärkung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe. Mitverantwortung und Generationensolidarität sind Grundlage für die Weiterentwicklung der Gemeinwesen. Hierzu gehören förderliche Rahmenbedingungen und Hilfestellungen. Neuere Impulse wie das Mehrgenerationenhaus können z.B. wichtige Ankerpunkte für dieses Engagement sein. Im Bereich der Altenhilfe-Fachberatung wird auf unterschiedlicher Ebene für diese Thematik durch entsprechende Aktivitäten, wie z.B. Fortbildung zum Heimfürsprecher, Nachbarschaftshilfen oder fachliche Begleitung des Kreis seniorenrates oder Beratungen von Trägern bzw. Städte und Gemeinden sensibilisiert.

- Weiterentwicklung von Maßnahmen im Vor- und Umfeld der Pflege
Stärkung der Pflege und der Hauswirtschaft im häuslichen Bereich
Unterstützung von Pflegenden Angehörigen inkl. niedrigschwelligen Angeboten, Entwicklung von Anerkennungskultur, Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit

- Weiterer Ausbau der Beratungsstruktur
Die Beratungsstelle im Landratsamt für ältere Menschen und deren Angehörige stärkt den Vorrang der ambulanten Hilfen und ermöglicht es, dass pflegebedürftige Menschen erst dann ein Pflegeheim in Anspruch nehmen müssen, wenn die Versorgung nicht mehr ausreichend gesichert werden kann. Sie arbeitet auf der Grundlage von Case- und Caremanagement.

- Weiterentwicklung der Angebotsstruktur in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege
Es ist mit einer Zunahme des Bedarfes an Pflegeplätzen um weitere 800 bis 1300 Dauerpflegeplätze bis 2020 zu rechnen. Daher müssen weitere Versorgungskonzepte neben der Qualifizierung der bestehenden Pflegeeinrichtungen entwickelt werden (z.B. Hausgemeinschaften, Wohngruppen), um dem Trend der Aufnahme in ein Pflegeheim entgegen zu wirken. Zur Stärkung des ambulanten Bereiches muss die Kurzzeitpflege und Tagespflege gestärkt werden. Zur gezielten Steuerung von Maßnahmen sollten gegebenenfalls Investitionskosten oder laufende Förderungen in Erwägung gezogen werden. Auch modellhafte Angebote sollten gefördert werden.

Dringend unterstützt und gefördert werden sollte auch der „Welfare-Mix“ (Miteinander von beruflich und professionell Pflegenden, Familien und freiwillig Engagierten), um die möglichen Ressourcen der häuslichen Versorgung auszuschöpfen.

- Weitere Maßnahmen für dementiell erkrankte Menschen
Ausbau und Qualifizierung der Angebote für Demenzkranke, Öffentlich-

keitsarbeit – Bewusstseinsbildung

- Stützung und Ausbau der Angebote von Sterbebegleitung und Palliativ-Care
- Sicherung der Ausbildung in den Pflegeberufen – Verbesserung des Image
Angebot von niedrighschwelligem Weiterbildungsmaßnahmen für Professionelle und Laien

Sozialplanerische Maßnahmen und Einführung von Steuerungsinstrumenten zum zielgerichteten und ressourcenschonenden Ausbau der Infrastruktur und schnellen Korrektur der Planungen.

8. Auswirkungen auf die Situation an den Schulen

Die gesellschaftliche sowie ökonomische Entwicklung im Landkreis und damit auch das kulturelle Selbstverständnis hängen maßgeblich vom Niveau und der Qualität der schulischen und beruflichen Bildung der Menschen ab. Eine fundierte schulische und berufliche Erstausbildung sowie eine lebenslange, berufsbegleitende Qualifizierung der Menschen im Landkreis ist von zentraler Bedeutung. Deshalb darf Bildung nicht als Kostenfaktor verstanden werden, sondern muss als Investition in die Zukunft gesehen werden. Lebenslanges Lernen muss künftig zu einer selbstverständlichen Lebenseinstellung und in der Schule angebahnt werden.

Bildung beginnt mit der Geburt. Elternbildung wird daher ein Erfordernis der Zukunft sein. Erst recht muss im Kindergarten mit Bildungsmaßnahmen begonnen werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die frühkindliche Bildung und Erziehung für Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwierigen Verhältnissen. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg des Schülers muss weiter entkoppelt werden. Das Kultusministerium hat einen Orientierungsplan für Bildung und Erziehung für die baden-

württembergischen Kindergärten herausgegeben, der nach einer Pilot- bzw. Erprobungsphase ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 verbindlich werden soll. Ein zentraler Aspekt in diesem Zusammenhang ist die Qualifizierung des in den Kindergärten tätigen Fachpersonals.

8.1. Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Schülerzahlen 1997 – 2006

Die Entwicklung der Schülerzahlen im Landkreis Ludwigsburg seit 1997 zeigt, dass die 91 Grundschulen im Jahre 1999 ihren Höhepunkt mit 23.663 Schülern hatten, die 42 Hauptschulen im Jahre 2002 mit 9.375 Schülern und die 21 Realschulen im Jahre 2004 mit 12.598 Schülern. Auf diese Höchstzahlen bezogen, bedeutet dies einen Rückgang der Schülerzahlen im Jahre 2006 an den Grundschulen um 6,3 %, an den Hauptschulen um 14,4 % und an den Realschulen um 0,5 %. An den 21 öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Gymnasien ist im angegebenen Zeitraum eine Zunahme der Schülerzahlen um 29,4 % zu verzeichnen. An den 12 Förderschulen gingen die Schülerzahlen von 1997 bis 2006 um 14,8 % zurück. (Die Schülerzahlen für 2006 sind prognostizierte Schülerzahlen der Schulleitungen).

Prognosen des Statistischen Landesamtes

Das Statistische Landesamt erstellt auf der Basis der durch die amtliche Statistik ermittelten Informationen für einige Bereiche **Vorausrechnungen**. Hierzu zählen unter anderem die **Schüler- und Schulabgängerzahlen**. Die Ergebnisse dieser Berechnungen, deren wesentliche Annahmen zuvor mit dem Kultusministerium abgestimmt werden, dienen unter anderem der Schulverwaltung und den Schulträgern als Planungsgrundlage.

Da sich die Rahmenbedingungen im Vergleich zur letzten Vorausrechnung aus dem Jahr 2003 geändert haben, wurde vom Statistischen Landesamt, ausgehend von den Daten des Schuljahrs 2005/2006, am 12. Juli 2006 eine **Aktualisierung** der Vorausrechnung der Schülerzahlen bis zum Jahr 2020 vorgenommen.

Zur Berechnung der Schülerzahlen an den **allgemein bildenden Schulen** hat das Statistische Landesamt den Durchlauf von Einschulungsjahrgängen durch die Grundschule und die weiterführende Schule nachgebildet.

Auf dieser Grundlage prognostiziert das Statistische Landesamt für die Zahl der Kinder im **Grundschulalter** im Zeitraum von 2005 bis 2020 voraussichtlich einen Rückgang um rund 13 %; die Reduzierung bis 2010 liegt schätzungsweise bei knapp 9 %. Für den Zeitraum von 2004/2005 bis 2012/2013 prognostiziert das Statistische Landesamt einen voraussichtlichen Rückgang der Schülerzahlen an den Grundschulen im Landkreis um 11,7 % (landesweit: -14,1 %). Unter den 35 Landkreisen in Baden-Württemberg verzeichnet der Landkreis Ludwigsburg – zusammen mit dem Landkreis Konstanz – den geringsten Rückgang an Grundschulern in diesem Zeitraum.

Auch bei den weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe 1 wird sich der Anteil der Schüler im Landkreis verringern. Auch hier wird bis zum Jahr 2020 mit einem Rückgang von ca. 14 % gerechnet. Dieser wird jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreten. In den nächsten 5 Jahren wird nur mit einem unbedeutenden Rückgang gerechnet werden können. So wird für die **Realschulen** im Landkreis im Zeitraum bis 2012/2013 ein Rückgang der Schülerzahlen um 2,6 % und für die **allgemeinbildenden Gymnasien** im Landkreis eine Zunahme um 0,1 % erwartet. Der Höhepunkt der Schülerzahlen wird an den allgemeinbildenden Gymnasien im Landkreis für das Schuljahr 2010/2011 mit 17.295 Schülern vorhergesagt.

Für die **42 Hauptschulen** prognostiziert das Statistische Landesamt einen Schülerrückgang um 16,9 % (landesweit: -20,2 %). Aber auch bei den Hauptschulen gehört der Landkreis Ludwigsburg zu den Landkreisen in Baden-Württemberg mit dem geringsten Schülerrückgang. Einen noch geringeren Schülerrückgang an Hauptschulen verzeichnen nur die Landkreise Konstanz, Böblingen und Esslingen.

Die Gruppe der 15- bis 20-Jährigen reduziert sich nach der Vorausberechnung des Statistischen Landesamtes in den Jahren 2005 bis 2020 um rund 11 %.

Gegenwärtig besuchen ca. 1.050 Schüler die **12 Förderschulen** im Landkreis. Der kontinuierliche Rückgang der Schülerzahlen an diesen Schulen hängt mit der Intention von Kultusverwaltung und Schulen zusammen, die Kinder mit sonderpädagogischer Unterstützung möglichst an den Grund- und Hauptschulen zu fördern.

Informationen der Kommunen

Der Fachbereich Schulberatung und Schulaufsicht hat im Herbst 2006 alle Kommunen im Landkreis um eine Prognose über die Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schulen bis zum Schuljahr 2012/13 gebeten. Die gemeldeten Zahlen bestätigen insgesamt den vom Statistischen Landesamt prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen. Gleichwohl sind sehr starke Schwankungen zwischen einzelnen Schulen und Kommunen festzustellen. Dies betrifft sowohl das Ausmaß des Schülerrückgangs zwischen den Schulen als auch die Zunahme der Schülerzahlen in einzelnen Kommunen - sogar an Hauptschulen.

8.2. Unwägbarkeiten

Die Prognosen des Statistischen Landesamtes müssen vor dem Hintergrund zahlreicher Unwägbarkeiten betrachtet werden. Nachfolgend werden Gründe genannt, die zu teilweise erheblichen Verschiebungen der Schülerströme führen können:

- Der Schülervorausrechnung des Statistischen Landesamtes liegen die Zahlen der Bevölkerung von 2004 zugrunde. Eine Schülervorausrechnung auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes vom Februar 2007 liegt (noch) nicht vor.
- Entwicklung des **Privatschulwesens**. Derzeit wird allerdings im Landkreis Ludwigsburg nur ein relativ unbedeutender Anteil der Schüler außerhalb der öffentlichen Schulen unterrichtet.

- Übergangsverhalten nach der Grundschule:** Immer mehr Kinder besuchen nach der Grundschule eine Realschule oder ein Gymnasium. Derzeit gibt es einen starken Trend weg von der Hauptschule, da von den Eltern schlechtere Ausbildungschancen befürchtet werden. Nachfolgend die Zahlen für das Schuljahr 2005/2006 und Vergleichszahlen:

Übergang auf die Hauptschule:
26,9 % der Viertklässler (Baden-Württ.: 28,9 % - 1995: 33,9 %)

Übergang auf die Realschule:
30,6 % der Viertklässler (Baden-Württ.: 31,9 % - 1995: 29,5 %)

Übergang auf das Gymnasium:
41,4 % der Viertklässler (Baden-Württ.: 37,8 % - 1995: 34,7 %)
- Unsicherheit gibt es in Voraussagen über das **Wechseln der Schulart** nach der sog. Multilateralen Versetzungsverordnung. In den letzten 2 bis 3 Jahren wurde beobachtet, dass nicht wenige Schüler zwar im Gymnasium beginnen, dann aber in den Klassenstufen 7 bis 9 in Realschulen überwechseln. Der Wechsel von der Realschule in die Hauptschule bzw. von der Hauptschule in die Realschule hat keine größere Bedeutung.
- Schülerverhalten nach Hauptschul- und Realschulabschluss: Immer mehr Schüler versuchen in weiteren schulischen Ausbildungen im Bereich des beruflichen Schulwesens einen höher qualifizierten Abschluss zu erreichen. Die Situation auf dem **Lehrstellenmarkt** ist für Hauptschüler nach Abschluss der Klasse 9 deutlich schwieriger geworden.
- Teilweise sind sehr große Schwankungen der Schülerzahlen in den Kreisgemeinden festzustellen. Nach der Ausweisung neuer **Baugebiete** kommt es regelmäßig zu einem starken Anstieg der Schülerzahlen für nur wenige Jahre, da junge Familien zuziehen. Langfristige Prognosen sind schwierig.

8.3. Folgerungen aus der Schülerentwicklung an allgemeinbildenden Schulen

- Der vom Statistischen Landesamt prognostizierte Rückgang der Schülerzahlen bis zum Jahr 2020 an den Grundschulen (13 %) und an den

weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I (14 %) wird sich in einer **Reduzierung der Klassenstärken** auswirken, d. h. größere Klassen werden erfreulicherweise kleiner.

- **Klassen** können aber auch **größer** werden: 2 kleine Klassen, deren Schülerzahl zusammen unter den Klassenteiler fällt, müssen zusammengefasst werden.
- Klassen aus unterschiedlichen Jahrgangsstufen, die durch den Schülerrückgang unter die Mindestschülerzahl von 16 Schülern pro Klasse fallen, müssen ggf. zusammengelegt werden. Bei einzügigen Grundschulen und Hauptschulen müssen dann **ggf. kombinierte (jahrgangsübergreifenden) Klassen** mit einer Höchstschülerzahl von 28 Schülern gebildet werden. Die Zahl solcher kombinierten Klassen wird sich im Landkreis Ludwigsburg etwas erhöhen. Um die Leistungsfähigkeit der Hauptschulen zu erhalten, wird die Kooperation benachbarter Kommunen im Einzelfall ein Lösungsansatz sein. In Städten mit mehreren Hauptschulen können durch Vergrößerung der Schulbezirke leistungsfähige Hauptschulen gebildet werden, was dann aber zu einer Reduzierung der Zahl der Hauptschulen im jeweiligen Stadtgebiet führt.
- Die **Anzahl der Klassen** wird an den einzelnen Schularten zurückgehen. Die Zahl einzügiger Hauptschulen im Landkreis (1 Klasse pro Jahrgangsstufe) wird deutlich zunehmen.
- Die Zahl der Standorte mit einer **Klasse 10/Werkrealschule** an der Hauptschule wird sich weiter reduzieren, da die Mindestschülerzahl 16 nicht erreicht wird. (z. Zt.: 13 Standorte im Landkreis).
- Vereinzelt freiwerdende **Schulräume** können für Ganztagsbetrieb oder bessere unterrichtliche Möglichkeiten genutzt werden.
- Dem prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen kann jedoch durchaus an einzelnen Schulen ein **Anstieg der Schülerzahlen** entgegenstehen (Zuzüge, Ausweisung neuer Baugebiete u. a.).
- Ob jede kleine Grundschule und kleine Hauptschule im Landkreis aufrechterhalten werden kann, wird die Zukunft zeigen.

Der prognostizierte Schülerrückgang stellt sich im Landkreis Ludwigsburg weniger gravierend dar als in den ländlichen Regionen Baden-Württembergs. Dennoch wird es an den Schulen im Landkreis Ludwigsburg Auswirkungen geben, die jedoch für die Einzelschule und für einzelnen Schularten sehr unterschiedlich sind. Die Schulrätinnen und Schulräte im Fachbereich Schulberatung und Schulaufsicht werden auf der Grundlage der prognostizierten Schülerzahlen mit den einzelnen Schulleiterinnen und Schulleitern mögliche Folgerungen bezüglich der weiteren Schulentwicklung erörtern.

8.4. Zur Situation an beruflichen Schulen

Vorausrechnung des Statistischen Landesamts

Zur Berechnung der Schülerzahlen an den **beruflichen Schulen** wird der für die Schülervorausrechnung an den allgemein bildenden Schulen zugrundegelegte Simulationsansatz des Statistischen Landesamtes flexibler gehandhabt, da oft kein nahtloser Übergang aus dem allgemein bildenden Schulwesen in das berufliche erfolgt. Das Statistische Landesamt betont deshalb, dass Vorausrechnungen für berufliche Schulen immer eine **gewisse Unsicherheit** anhaftet, da deren Entwicklung **nicht nur demographisch**, sondern **auch konjunkturell** bedingt sind und sich die ständig ändernde Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt direkt auf die Schülerzahlen auswirkt.

Die beruflichen Schulen verzeichnen gegenwärtig landesweit steigende Schülerzahlen. Nach den Vorausrechnungen des Statistischen Landesamts sollen diese von ihrem jetzigen Stand von knapp 396.000 bis 2008/09 noch um rund 4 % auf 411.000 steigen, um dann bis zum Schuljahr 2020/21 wieder auf ca. 343.000 abzusinken, was in etwa dem Niveau des Schuljahres 1995/96 entspricht (Anlage 1). Die Schülerzahlen entwickeln sich dabei in einer großen Wellenbewegung:

1995/96	340.621
2005/06	395.791
2006/07	403.000

Schülerzahlenentwicklung im Landkreis Ludwigsburg

Die bisherige Schülerzahlenentwicklung bei den Beruflichen Schulen des Landkreises deckt sich mit der Prognose des Statistischen Landesamts. Seit dem Schuljahr 1997/98 nimmt im Landkreis die Zahl der Schüler bei den Beruflichen Schulen zu. Sie betrug im vergangenen Schuljahr 10.912 Schüler (ohne Landwirtschaftsschule). Seit dem Tiefstand der Schülerzahlen im Schuljahr 1996/97 mit 9.920 Schülern ist damit insgesamt ein Zuwachs von 992 Schülern bei den Beruflichen Schulen des Landkreises zu verzeichnen.

Erstaunlicherweise liegt die Schülerzahl der Beruflichen Schulen im neuen Schuljahr 2006/07 mit 10.736 Schülern um 176 Schüler unter den Vorjahreszahlen, obwohl sie doch von der demographischen Entwicklung her und nach den Voraussrechnungen des Statistischen Landesamts eigentlich steigen müsste. Hier bestätigt sich die eingangs bereits angesprochene Erkenntnis, dass die Entwicklung der Schülerzahlen bei den Beruflichen Schulen eben nicht nur demographisch bedingt ist, sondern auch andere, meist überraschend auftretende Faktoren eine Rolle spielen.

Die Beruflichen Schulen nennen in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Ereignissen, die mit ihrer gegenläufigen Auswirkung die Schülerzahlen des Schuljahres 2006/07 beeinflussten, wie z.B. dass Schüler einer Stuttgarter Schule zugewiesen wurden, damit ein großer Ausbildungsbetrieb anstatt seither zwei eine einzige Schule als Ansprechpartner hat, dass Klassen wegfallen, weil die Agentur für Arbeit Fördermaßnahmen einstellte, oder dass freie Bildungsträger ihre Kapazitäten ausbauten. Vorgänge dieser Art, die auch im nächsten Schuljahr völlig unvermutet und mit genau gegenteiliger Wirkung auftreten können, werden beobachtet und bewertet, um entsprechend reagieren zu können, wenn dies erforderlich ist.

Konsequenzen

Die Schulraumversorgung unserer Beruflichen Schulen ist auf einem guten Stand. Der Landkreis Ludwigsburg hat hier im Blick auf die sich abzeichnende Aufwärtsentwicklung der Schülerzahlen seine Hausaufgaben rechtzeitig gemacht. Die Teilung der Robert-Franck-Schule Ludwigsburg und die Einrichtung der Erich-Bracher-Schule als neue, eigenständige kaufmännische Schule in Kornwestheim-Pattonville markieren den ersten wichtigen Erfolg des Landkreises bei seinen Bemühungen, den sich in den 90-er Jahren deutlich abzeichnenden Schulraummehrbedarf der Beruflichen Schulen in den Griff zu bekommen.

Der Kreistag hat nach diesem ersten Schritt, dem Erwerb und Ausbau der Erich-Bracher-Schule, konsequent den erforderlichen zweiten Schritt gemacht und die dringend notwendigen Um- und Erweiterungsbauten für die Beruflichen Schulzentren Ludwigsburg/Kornwestheim und Bietigheim-Bissingen erstellen lassen. Klassenräume und Fachräume in einer Größenordnung von über 9.000 m² Programmfläche wurden den Beruflichen Schulen des Landkreises zusätzlich zur Verfügung gestellt. Über 25 Mio. € wurden dafür bis 2001 investiert und der räumliche und sächliche Rahmen für das schulische Angebot der kommenden Jahre geschaffen.

Die Anpassung der Ausstattung, aber auch der Gebäude, wie z.B. die notwendige Sanierung und Modernisierung der naturwissenschaftlichen Fachräume einiger Beruflicher Schulen, wird dem Kreis aber auch weiterhin finanzielle Anstrengungen abverlangen.

III. Fazit

Die demographische Entwicklung wirkt sich auf nahezu alle Handlungsfelder der Kreisverwaltung aus. Der Landkreis, aber auch die Städte und Gemeinden stehen vor der Herausforderung sowohl ihre wirtschaftliche und bauliche Entwicklung als auch ihre soziale und verkehrsmäßige Infrastruktur entsprechend auszurichten. Für die Landkreise aber auch die Kommunen geht es darum,

sich im Wettbewerb untereinander strategisch zu positionieren und sich im Interesse der eigenen Zukunftsfähigkeit zu etablieren.

Ziel des Landkreises Ludwigsburg muss es sein, die Attraktivität im Wettbewerb um Einwohner und Betriebe zu erhalten aber auch die Lebensqualität vor Ort weiterzuentwickeln. Dabei sind insbesondere auch die Kommunen gefordert. Allerdings wird es für eine aktive Gestaltung des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene keine Patentrezepte geben. Es wird vielmehr notwendig sein, die Bedingungen vor Ort zu analysieren und darauf aufbauend spezifische Handlungskonzepte zu erarbeiten.

Der Landkreis will die Kommunen dabei unterstützen und schlägt die **Einrichtung eines sogenannten Demographie-Forums** vor. Aufgabe dieses Forums soll es sein, interessierten Städten und Gemeinden des Kreises Anregungen für eine am demographischen Wandel ausgerichtete Zukunftsplanung zu geben. Dafür will Landkreis in noch festzulegenden Abständen Veranstaltungen mit fachkundigen Referenten anbieten und organisieren. Auf dieser Basis soll es den Kommunen des Kreises erleichtert werden, eigene Strategien und Handlungskonzepte zu entwickeln.